

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspönerien und Glasereien, für Gipser, Puger, Stukkateure, Aufhänger, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauwerksbund**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Zeilen-  
meterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschlüssen Rabatt,  
der nur als Kasparabatt gilt.  
Arbeitsmarkt die dreizehngespaltene Zeile 3 M.  
Anzeigen der Bauwerksbünde Zeile 50 A.

### Sie bleiben die Alten!

Berichte über Tagungen der Bauunternehmerorganisationen lesen sich manchmal recht interessant, vor allem dann, wenn sie von ihnen geistes- und wesenverwandten Blättern der Mitwelt serviert werden. Dann kommt so recht ungeahnt der kümmerliche, engstirnige und trotzdem — oder deshalb — niemals sich überhebende Geist zum Ausdruck, der die große Mehrheit der Unternehmer des Baugewerbes beherrscht, der sie trotz aller bisher gemachten gegenseitigen Erfahrungen nicht losläßt und sie immer wieder in Kreise herumführt. So soll es ja nach Goethe allen Kerlen gehen, die der Spekulationswut verfallen sind.

Vor uns liegt ein Bericht der „Kleinen Neuesten Nachrichten“ über eine am 10. Juli stattgefundene Tagung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe Schleswig-Holstein. Vor allem ist darin interessant die Aussprache über den Geschäftsbericht des Geschäftsführers Rehbehn. Nicht etwa, weil sie irgendwelche neue Gedanken enthielte — i bewahre! Nur deshalb, weil darin die alte Scharfmachermelodie auf alter, frisch auflackierter Waage zum zten Male heruntergerastelt wird, was jedem von wahren Geistes erfüllten Unternehmern feierlicher Orgelton ist, jedes Unternehmertum höher schlagen macht, aber auch zugleich mit urkeimigem Zorn erfüllt über die Unbeliebtheit deutscher Arbeiter, um deren leibliches Wohl sich diese Herren ebenso „väterlich“ wie „weise sorgend“ bemühen. Denn die Arbeiter haben für derlei himmelstürmende Melodien immer noch keinerlei Verständnis. Sie sagen im Gegenteil, das deutsche Unternehmertum in seiner übergroßen Mehrheit sei irgendwelcher sozialer, fortschrittlicher oder arbeitserfreundlicher Gedanken nicht fähig; es erwarte im Gegenteil alles „Geil der Wirtschaft“ von einer absoluten Geradrückung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft, jenes großen Volksteils, der seit langen Monaten bitterste Not und Armut durchkostet, besonders verschärft durch die Sorge um ihre zukünftigen Existenzmöglichkeiten.

Doch zurück zu der erwähnten Tagung. Die Herren erbosten sich bei der „wirtschaftsfeindlichen Haltung“ des deutschen Bauwerksbundes, der im Jahre 1925 „eine Steigerung der Löhne im Baugewerbe herbeigeführt habe, die weber mit der Steigerung der Feuerungsnummer, noch mit den Löhnen in andern Gewerben, besonders denen der Landarbeiter, in Einklang zu bringen sei.“ Es wäre wahrhaftig ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, die Löhne der Bauarbeiter so zu drücken, daß sie denen der sonstigen Landlumpen vielfach auf die niedrigste Kulturstufe herabgedrückten Landarbeiter mindestens gleich wären! Dann würden alle Innungsgesellen vor Vergnügen ins Wackeln geraten oder des wunderbaren Nebbachs, der für den Unternehmerstump in Gestalt brauner Scheine dann übrig bliebe! Nur schade, daß die Rechnung ein Loch hat und unter solchen Umständen Bauarbeiter bald mit der Laterne gesucht werden müßten.

Natürlich wurde angeht dieser „geistigen Einstellung“ der Vorstand einstimmig beauftragt, „im Interesse der besseren Beschäftigung im Gewerbe einen Aufbau der Löhne anzustreben. Keiner dieser ehrbaren Zeitgenossen dürfte bei Annahme dieser Entscheidung, vor allem der Begründung, gelacht haben, obwohl der Bezirk Hamburg-Schleswig-Holstein seit Monaten zu jenen Bezirken gehört, die, an andern Bezirken mit niedrigeren Löhnen gemessen, immer noch einen verhältnismäßig günstigeren Beschäftigungsgrad als diese aufweisen. Das ist zwar ein trefflicher Beweis dafür, daß heute die Löhne der Bauarbeiter für die Gestaltung des Baumarktes keinerlei Bedeutung haben. Aber das macht nichts. Anders baugewerblichen Unternehmerverbänden ist es ja schon gelungen,

vor dem zentralen Schiedsgericht in Berlin mit solchen „Beweisführungen“ Erfolg zu erzielen, warum sollten es nicht die schleswig-holsteinischen Bauunternehmer auch versuchen! Solche Spuren loden.

Auch die etwaige Gewährung von Ferien und die Bezahlung nicht geleisteter Arbeitszeit (lies: Regenstunden) wurde von dieser „weitausschauenden“ Versammlung weiser „Wirtschaftsführer“ einstimmig und „bestimmt“ abgelehnt. Und dann wurde beschlossen, den Beitritt zum deutschen Streikschutz, den

### An die Nichtorganisierten!

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingetragene Mitglieder seid? O, ich kenne den altbekannten Grund dieser Erscheinung wohl! Man laßt sich weihen, sympathisiert; aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber euch: Ist das ein männliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Scharmacher, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat. Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo ihr nicht gesät, euch, die ihr mich mit eurem Beifall und Affirmation begleitet, euch ermahne ich zur Scham!

Ferdinand Lassalle.

eine Reihe von Ortsgruppen bereits vollzogen, mit allen Kräften weiterzuführen. In das Kapitel unternehmerlicher Scharfmacherei gehört auch der Beschluß, eine Verlängerung des Poliervertrages abzulehnen, weil „der Polierbund mit dem Bauwerksbund ein Abkommen getroffen“ habe, das „nicht geeignet erscheint, den Polier auch ferner als Vertrauensperson des Arbeitgebers zu betrachten.“

Zu diesen Kundgebungen wascheftester wirtschaftlicher Scharfmacherei gehören natürlich in einer solchen erlauchten Versammlung ehrwürdiger Innungsgesellen und wirtschaftlicher Scharfmacher auch damit parallel laufende Meinungen zur sozialen Gesetzgebung. „Scharfe Kritik“ erfuh das Gesetz über die Verringerung der Unfallversicherung, woraus eine „außerordentliche“ Mehrbelastung des „Gewerbes“ erwachse, das „ohnehin durch die Steigerung der sonstigen sozialen Lasten, insbesondere der Erwerbslosenversicherung, schon auf das schärfste belastet sei. Jede weitere Steigerung der sozialen Lasten, auch jede weitere Anhebung der Wirtschaft, wie sie insbesondere durch den Referentenentwurf des Arbeitsschutzgesetzes und den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf zum Schutze der älteren Angestellten herbeigeführt werde, sei unbedingt abzulehnen.“ Diesen antisozialen Faden spann dann Dr. Grundmann, Berlin, in einem Vortrag über „Gegenwartsprobleme der Tarif- und Sozialpolitik“ munter weiter. Vor allem das in Vorbereitung befindliche Gesetz, betreffend Arbeitsschutz, unterzog er einer „sehr eingehenden und scharfen Kritik“. Der ganze Entwurf sei von „arbeitgeberfeindlichem Geiste“ beherrscht. Alle — wohlverstanden: alle! — „Wirtschaftskreise“ müßten ihn unbedingt ablehnen. Die Regierung habe die Pflicht, mehr denn je der „Wirtschaft“ Erleichterungen zu verschaffen, anstatt ihr durch neue Verordnungen „Fesseln“ anzulegen.

Wichtig wurde gemint auf der anschließend unter gleicher Leitung stattgefundenen Hauptversammlung des

Bezirkswirtschaftsverbandes für das Baugewerbe. Kein Wunder, denn die Teilnehmer waren ja die gleichen wie auf der vorausgegangenen Tagung.

Zu sagen wäre zu den Meinungen der wirtschaftlichen Scharfmacher des Baugewerbes für Schleswig-Holstein nicht viel. Naht und dürr vertreten sie die allerbesten, rückschrittlichsten Scharfmachermarotten. Bauunternehmer, schützt Eure heiligsten Güter! Dies geschieht durch Abbau der „hohen“ Löhne, Verjagung von Ferien und Entschädigungen für unverschuldete Arbeitsverhältnis, Vereinfachung der Erwerbslosenunterstützung, der Unfallversicherung, der Arbeitsschutzgesetzgebung, des Arbeitsschutzgesetzes — mit andern Worten: die wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiter, die Gerabschraubung ihrer Lebenshaltung auf das niedrigste Niveau, ihre völlige gesellschaftliche Entrechtung in sozialer und gesetzgeberischer Richtung, das ist das Ideal dieser „Wirtschaftsführer“, dem streben sie entgegen mit der Inbrunst des wascheften, verzopften Innungskrauters, ebenso roh wie dumm, nur das eigene Ich im Auge, im angemessenen Größenfimmel nur sich für das Zentrum haltend, um das sich die übrige Welt dreht; vor dem die Arbeiter und die Gesetzgebung gehorjam kuscheln müssen. Um sich in die Schönheit dieser Gedantengänge ganz zu versetzen, beachte man, mit welcher unverfrorenen Selbstverständlichkeit sich diese angenehmen Zeitgenossen schlankweg als „Wirtschaft“, als Repräsentanten „aller Wirtschaftskreise“, als die „Bauwirtschaft“ bezeichnen. Was der Bauwerksbund erstrebt, das ist nicht etwa unternehmerfeindlich, das ist „wirtschaftsfeindlich“. Was die Lage der Bauunternehmer zu fördern geeignet erscheint, liegt „im Interesse der Bauwirtschaft“. Was nach ihrer Meinung ihre Lage einzuzwingen geeignet erscheint, ist „wirtschaftsfeindlich“. Die Millionen Arbeiter gelten nichts. Arbeiterinteressen gibt es nicht. Die Arbeiter gehören auch nicht zur Wirtschaft. Die Wirtschaft sind wir, wir, das von echtem Wirtschaftsgeliste erleuchtete Unternehmertum. Und diese Herren ahnen nicht einmal, wie lächerlich sie sich machen mit solchen überheblichen Tiraden und Annahmen! Denn in Wirklichkeit sind in der Bauwirtschaft die Bauarbeiter ein weit wichtigerer Teil als die Bauunternehmer, die trotz dieser unanfechtbaren Lausache die Bezeichnung „Bauwirtschaft“ nur allein für sich in Anspruch nehmen. Wir können uns eine Bauwirtschaft in Deutschland sehr wohl denken ohne private Bauunternehmer, niemals aber ohne Bauarbeiter. Diese sind das weitaus wichtigste und unentbehrlichste Element der Bauwirtschaft. Was allerdings die Bauunternehmer aller Grade nicht davon abhalten wird, sich in ihrer Gottähnlichkeit nach wie vor für die „Bauwirtschaft“ zu halten und die Bauarbeiterschaft als Objekt ihrer Willensbestimmung einzuschätzen, und danach zu streben, sie mit allen Mitteln unter ihr Scharfmacherzepter zu zwingen als Förrige und Leibeigene des alleingebietenden Unternehmertums.

Dagegen kann nur eins helfen: die feste organisierte Verbundenheit aller am Bau schaffenden. Nur durch eine straffe und leistungsfähige Organisation werden wir diesen Volks- und Wirtschaftsfreunden begegnen können. Männer vom Bau! Merkt Euch dies! Strebt allüberall für die Ausbreitung und Festigung Eures Bauwerksbundes! Schließt nicht. Macht den Bund weiterfest. Die Güte aller gewerkschaftlichen Erfolge richtet sich nach der Güte der Gewerkschaft. Die Summe Eurer Erfolge oder Niederlagen richtet sich nach der Summe Eurer Kraft oder Schwäche. Nur eine gutgeleitete Gewerkschaft kann überhebliche und freche Annahmen des Unternehmertums in die Schranken zurückweisen. Das merkt Euch und handelt danach. Dann werden auch die Scharfmacherbäume nicht in den Himmel wachsen!

Dagegen kann nur eins helfen: die feste organisierte Verbundenheit aller am Bau schaffenden. Nur durch eine straffe und leistungsfähige Organisation werden wir diesen Volks- und Wirtschaftsfreunden begegnen können. Männer vom Bau! Merkt Euch dies! Strebt allüberall für die Ausbreitung und Festigung Eures Bauwerksbundes! Schließt nicht. Macht den Bund weiterfest. Die Güte aller gewerkschaftlichen Erfolge richtet sich nach der Güte der Gewerkschaft. Die Summe Eurer Erfolge oder Niederlagen richtet sich nach der Summe Eurer Kraft oder Schwäche. Nur eine gutgeleitete Gewerkschaft kann überhebliche und freche Annahmen des Unternehmertums in die Schranken zurückweisen. Das merkt Euch und handelt danach. Dann werden auch die Scharfmacherbäume nicht in den Himmel wachsen!

Gegen die Verschlechterung der Lebenshaltung

Wir stehen am Anfang des Monats August, jenes Monats, der uns die Erhöhung der Preise wichtiger Lebensmittel durch erhöhte Zölle bringt.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Items include Meizen, Roggen, Weizenmehl, Kartoffeln, Eier, etc.

Berücksichtigt man die Preisentwicklung des Monats Juli an Hand dieser Zusammenstellung, dann wird man bestaunen, daß die Indexziffer für die Lebenshaltung, wie sie vom Reichsstatistischen Amt aufgestellt wird, eine derartige Erhöhung erfährt.

Table with 4 columns: Month, Index 1, Index 2, Index 3. Months listed are März, April, Mai, Juni, Juli.

Die Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten haben in den letzten 6 Monaten eine Steigerung von rund 3% erfahren.

Am 1. August sind nun die neuen Zölle für Weizengetreide, Fleisch, Getreide usw. in Kraft getreten.

Das Ende der Preistreibeiverordnung.

Wie dem Jüngling, der mit 1000 Mark hinausfuhr in den Krieg, so erging es der Reichsregierung Luther mit ihren Preistreibeiverordnungen.

Baumof und Baustoffpreise.

Die gegenwärtige Arbeitsmarktlage ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Beherrscher des Baumarktes billig verfahren haben.

Es wäre verfehlt, diese trübe Entwicklung ganz allgemein auf die Wirtschaftslage zurückzuführen.

Table with 3 columns: Item, Price 1, Price 2. Items include 1000 Mauersteine, 1000 Ziegel, etc.

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Items include Gydraulischer Kalk, Zement, Dachpappe, etc.

Die Preise haben sich vielfach derart entwidert, daß eine ökonomische Erklärung überhaupt nicht beigubringen ist.

Das Wirtschaftsinstitut hat sich vor Monaten, als noch die Möglichkeit vorhanen war, durch vernünftige Preisbildung den Baumarkt zu beleben.

Taktik - Taktik.

Im holländischen Kommunionsblatt 'Massenkampf' vom 30. Juli lasen wir folgendes:

Die Sache kam uns etwas spanisch vor; um Klar zu setzen, wandten wir uns an die Baugewerkschaft Leipzig und erzielten auf Aufforderung.

Anfang Juni begann die Firma Otto Meise aus Halle mit dem auf der Grube Großhagen in Aussicht genommenen Kohlentunnelbau.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 19. Juni 1926.

Large table with multiple columns: Region, Unemployed, etc. Includes data for various German regions like Ostpreußen, Pommern, etc.

621 mit 817 647 Mitgliedern.) Von diesen waren 63 200 arbeitslos gegen 66 914 in der vorigen Woche. Das sind vom Mitgliederstand 20,11 gegen 21,07 in der Vorwoche. Die größte Arbeitslosigkeit haben die Bezirksverbände Köln mit 37,3 %, Dortmund 31,7 % und Königsberg mit 29,3 %.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischbauarbeiter: Gesperert sind Augesberg, in Vorna die Bauten des Bergbauvereins, Wietow i. Pomern. Quabach (Hessen), Ganderheim, Gelsen, in Grimmen die Firma Höltinger, Gumbinnen und Alsenberg die Firma Wolbeck, Hameln, Hannover (Hessling), Klöße, Königsberg i. Pr. (Firma Bauhilfsch), Markoldendorf, Baugewerkschaft Einbeck (Firma Kettler), Melle, Neundorf, in Neu-Anspach bei Driefen die Firma E. Baber, Oberberg, Steinhilber und Wieselhöbde. Ausgesperrt sind die Kollegen in Weglar und Zeil (Bauten auf Grube Großhagen der Firma Wiese aus Halle).

Töpfer: Gesperert sind für Ofenleher Wilsdorfburg in Ostpr. (Gehr. Guhn), Marktand bei Leiszig (Firma Rath), Münster, Stuttgart und Ziegenhof (Otto Krause). Ausgesperrt sind die Ofenleher in Danzig. Für Scheidentöpfer ist die Firma Wähler in Crinitz gesperrt, auch nach Gadow i. Ust. ihr der Zugang noch ferngehalten.

Flasterer: Gesperert sind in Wiedrich a. Nh. die Firma Johann Fleischer und in Wiedbaden die Firmen Johann Börg und August Böhn. Gesperert ist Mainz. Gipper: Gesperert ist Seidenheim.

Erneute Verhandlungen vor dem zentralen Schiedsgericht am 3. August 1926. Am 27. Juli sollten zum dritten Male für die Arbeiter bezügliche Verhandlungen stattfinden. Trotz anerkennenswerter Bemühungen des langjährigen Tarifratsvorsitzenden Dr. Ostpreußen, Herrn Professor Dr. Boeder, gelang es nicht, über den formalen Streit, vor den Verhandlungen teilzunehmen und in welchem Umfang die Anträge der Parteien zur Verhandlung kommen sollen, hinauszukommen. Vor dem zentralen Schiedsgericht mußten unsere Vertreter darauf bestehen, daß die in den zentralen Abkommen vom 13. Februar 1926 vorgeschriebenen sachlichen bezüglichen Verhandlungen stattgefunden haben müssen, bevor das zentrale Schiedsgericht in eine Prüfung der Anträge der Parteien eintritt. Aus diesem Grunde hat dann auch das zentrale Schiedsgericht für das Gebiet des ostpreussischen Bezirksarbeiterverbandes für das Baugewerbe folgenden Schiedspruch gefällt: „Die Parteien einigen sich dahin: In der Zeit vom 18. bis 20. August 1926 soll unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Dr. Boeder über, falls dieser verhindert ist, über dem Vorsitz eines von ihm zu benennenden Vertreters über das gesamte bezügliche Verhandlungsgesamt verhandelt werden, als wenn alle an diesem Abkommen Beteiligten rechtzeitig gefehlt hätten. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet der Vorsitzende unter Zuziehung von je 2 Vertretern der beiden Parteien. Die Entscheidung des Vorsitzenden wird von beiden Parteien als endgültig bindend anerkannt. Bis zur Einigung oder Entscheidung bleibt das bisherige Lohnabkommen in Kraft.“ — Im Anschluß an die Verhandlungen über Ostpreußen wurde aus unserm Bezirksverband Seltin (Provinz Pommern) zur Sprache gebracht, daß der Syndikus des Baugewerksverbandes Pommern, Herr Dr. Oshmann, bei seinen Mitgliedern die Meinung vertritt, für die Lohngruppen I, II und III besteht nach dem 1. Juni dieses Jahres keine tarifliche Bindung der bis dahin geltenden Lohnbestimmungen von einzelnen Unternehmen in Pommern lassen sich darauf schließen, daß vom Baugewerksverband Pommern in einem Rundschreiben an seine Mitglieder eine derartige Anweisung herausgegeben wurde. Obwohl das zentrale Schiedsgericht zu der Auslegungsbefreiung in Pommern in einer Entscheidung nicht Stellung nahm, weil der Antrag zur Befreiung der Ende wieder an den Vorsitzenden des zentralen Schiedsgerichts noch an die Zentralen der Unternehmerverbände gelangt war, so wurde doch ganz eindeutig ausgesprochen, daß der Schiedspruch vom 15. Juni 1926 für den Bezirk Pommern (also für die ganze Provinz) gefällt wurde. In Ziffer 6 befragt der Schiedspruch: „Im übrigen werden die geltenden Anträge zurückgewiesen.“ Damit sprach das zentrale Schiedsgericht aus, die Anträge der Unternehmer auf Lohnabstand sind zurückgewiesen und die bisherigen Löhne sind weiterzuführen. Die anwesenden Vertreter der Zentralen der Unternehmerverbände verpflichteten sich, sich dafür einzusetzen, daß die Unternehmer in Pommern den Schiedspruch vom 15. Juni durchzuführen und die bereits in einigen Orten durchgeführte Ordnung sofort wieder herzustellen.

Bezirksverband Frankfurt a. M. Das zentrale Schiedsgericht hat den Parteien in dem Wirtschaftsbereich Sieglahn Handlungsfreiheit gegeben. In den Gebieten Gießen, Marburg und Wehlar haben unsere Kollegen dann Verhandlungen aufgestellt und auch bereits in Wehlar den Kampf eröffnet. Ueber die Firma Müller, Wehlar, Müller zeigt auf den schrittweisen Schwandens des Baugewerksverbandes wurde die Sperrung beschlossen. Drei weitere Unternehmer sprangen ihrem befristeten Kollegen zur Hilfe und sperkten aus. Im Kampfe stehen etwa 170 Kollegen. Bei 4 andern Unternehmen, die nicht ausgesperrt haben, wird weitergearbeitet. — Am 24. Juli haben in Gießen Verhandlungen stattgefunden, allerdings ohne Erfolg. Daraufhin hat der „Baugewerksverband Sieglahn“ an das Reichsarbeitsministerium das Ersuchen gestellt, sofort Verhandlungen im Einigungsverfahren einzuleiten. Das Reichsarbeitsministerium hat hierzu den Schlichter für Hessen-Nassau, den Gewerkschaft Schilling, beauftragt. Eine von ihm auf den 20. Juli nach Frankfurt a. M. angelegte Verhandlung ist nach vierlündiger lebhafter Aussprache wiederum ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen sind jedoch nicht abgebrochen, sie sollen vielmehr nach einem

Vorschlag der Unternehmer am 2. August vor dem Schlichtungsausschuß in Gießen fortgesetzt werden. Ueber den Ausgang dieser Verhandlungen haben wir bis Redaktionsschluß noch keine Kenntnis. Wie uns berichtet wird, ist die Erregung der Bevölkerung in Wehlar gegen die Bauunternehmer und auch unter unsern Kollegen in Gießen sehr groß. Soll der ausgedehnte Streik in Wehlar sich nicht auf das ganze Gebiet Sieglahn ausbreiten, dann ist es höchste Zeit, daß die Unternehmer den berechtigten Forderungen der Bauarbeiter Rechnung tragen.

Lohnvereinbarung für die Bauarbeiten zur besseren Schiffsmachung des Main. Am 2. August haben zwischen den beteiligten Unternehmer- und Arbeiterverbänden der Bezirke Nordhagen (Münster) und Mitteldeutschland (Frankfurt a. M.) unter Beteiligung von Vertretern der Rhein-Main-Donau-Vereinigung in Würzburg Verhandlungen stattgefunden über Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Es wurde folgende Vereinbarung abgeschlossen: „Für die Dauer der Bauzeit wird für den ganzen Baubereich zwischen Haffenburg und Würzburg ein eigenes Lohngebiet geschaffen. Für dieses Lohngebiet werden folgende Lohngruppen und Stundenlöhne nebst Zulagen auf der Baustelle „Haffenburg-Obernau“ festgelegt:

Table with 3 columns: Category, Lohn, Zulage für Obernau. Includes rows for Facharbeiter über 19 Jahre, Jungesellen, Bauhilfsarbeiter über 19 Jahre, etc.

Die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen einschließlich Schlichtung von Streitigkeiten, sowie die Kaufkraft des Abkommens werden in einer weiteren Sitzung festgelegt. — Die Baugewerkschaft stimmt diesem Abkommen zu. — Borna. Wir haben bisher mehrmals darauf hingewiesen, daß die Erdwerke und Bergwerke für Bauarbeiter gesperrt sind. Debatteerheerliche finden sich immer noch Kollegen, meistens von auswärts, die dort in Arbeit gehen. Man schickt für sie Arbeitsstellen in Waraden und verpumpt diese Leute sogar an andere Unternehmer. Durch bürgerliche Zeitungen, hat man so 10 Maurer herbeigeholt. Wir bitten, die genannten Betriebe zu meiden, denn alle diese Unternehmerpraktiken laufen darauf hinaus, uns den Augustendtag zu rauben.

Einbeck. In dem Dorfe Markoldendorf wurde seit Juli 1925 nach einer Vereinbarung mit dem Nordwestdeutschen Arbeitsverband der für Einbeck gültige Lohn gezahlt. Diese Vereinbarung nahmen die Unternehmer an, scheinend wenig ernst. Sie konnten das, weil auch die Bauarbeiter nicht darauf bestanden, daß der Tariflohn gezahlt wird. Die Folge war, daß die Unternehmer immer begünstigter wurden und schließlich nicht nur 4 bis 11 A., sondern bis zu 23 A. unter dem Tariflohn auszusparen versuchten. Soweit möglich es können, ist unsere Kollegen aufzuwachen und sich auf ihr Recht besinnen. Termine vor dem Gewerkschaftsgericht sind verlagert, das möchte sich wiederum ein Unternehmer zunutze machen, indem er unsern Kollegen erklärte, wer nicht für 64 A. arbeiten wolle, sei entlassen. Das war natürlich nichts anderes, als ein Machtwort des Unternehmers auf unsere Lage. Der Bau ist gesperrt; auch im übrigen ist, solange die tarifliche Ordnung nicht hergestellt ist, Zugang nach Markoldendorf ferngehalten.

Ganderheim. Von den unorganisierten Unternehmen verlor eine, Bartels, eine Lohnzahlung um 12 A. die Stunde vorzunehmen. Wiederholte Verhandlungen zerschlugen sich; am 3. August sind die Kollegen in den Arbeiterkampf getreten. — Steinhilber. Die Unternehmer in dem Orte Steinhilber, die seit längerer Zeit nicht mehr organisiert sind, glauben nun auch den Zeitpunkt für gekommen, die Löhne herabzusetzen zu können. Von den organisierten Unternehmen der Nachbargemeinde werden sie ansehend um ihrem Vorgehen ermuntert, damit diese dann Material für neue Lohnabbaubestimmungen erhalten. Die gültigen Einigungsversuche zur Weiterführung des bisherigen Tariflohn schickerten. Unsere Kollegen haben die Arbeit eingestellt.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Berlin. (Bezirksstag.) Am 1. August hielt der Bezirksverband Berlin-Brandenburg seinen Bezirksstag in Berlin ab; er war von 62 Baugewerkschaften mit 98 Abgeordneten und einer Anzahl Gäste besucht. Vom Bundesvorstand war Kollege Wernhard, als Vertreter der Jugendabteilung Kollege Piffert anwesend. Den Bericht erstattete der Bezirksverbandsvorsitzende, Kollege Lehmann. Die Bauhilfsarbeit war im ersten Halbjahr 1926 im Hoch, Beton- und Tischbau im ganzen Bezirk nur sehr mäßig. Während einer kurzen Periode im zweiten Halbjahr trat eine Beseitigung ein, die Facharbeiter voll in Anspruch nahm. Vom Oktober an trat ein merklicher Arbeitsrückgang in den Provinzorten ein, während in Berlin noch volle Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden war. Die frühzeitig eintretende Großperiode brachte einen vollständigen Stillstand der gesamten Bauhilfsarbeit. Im ersten Halbjahr 1926 war die Arbeitslosigkeit so hoch, daß selbst die Jahre der härtesten Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit dagegen nicht aufkommen konnten. Sogar jetzt, in der günstigsten Zeit des ganzen Jahres, sind noch 2500 Facharbeiter und 2612 Hilfsarbeiter arbeitslos. Wenn alle die Bauarbeiter, die von allen Industrie- und Gewerbebetrieben ausgespart sind und sich deshalb nicht mehr zur Arbeitslosenkontrolle melden, hinzurechnen werden, dann ergibt sich, daß Ende Juli 1926 rund 35 % aller Bauarbeiter arbeitslos sind. In ähnlicher Weise hat sich die Arbeitslosigkeit in allen übrigen Gruppen des Baugewerbes und in allen Spezialberufen geltend gemacht. Wenn die boun

reich in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Beseitigung des Baugewerbes praktischen Wert bekommen sollen, dann muß endlich in allen dafür maßgebenden Kreisen weiter darauf gedrängt werden, daß ein ausreichendes Bauprogramm aufgestellt, finanziert und durchgeführt wird. Der Frage des Bauarbeiterkampfes muß von den Baugewerkschaften unbedingt mehr Beachtung entgegengebracht werden; überall müssen örtliche Bauarbeiterkommissionen gebildet, von den maßgebenden Behörden mit einer besseren Kontrolle der Bauten und Gerüste durchgesetzt werden. Die Werbetätigkeit hat unter der ungunstigen Bauwirtschaft gelitten. Es ist deshalb um so mehr beachtlich, daß die Mitgliederbewegung an sich stabiler geworden ist und die Mitgliederzahl vom 1. Januar 1925 bis 1. Juli 1926 von 29 604 auf 35 806 gestiegen ist. Daran sind die Maurer mit 45,2 %, die eigentlichen Bauhilfsarbeiter mit 28,8 % beteiligt. Der verbleibende Rest von 18 % entfällt auf die übrigen Berufsgruppen des Baugewerkes. Durch das bekannte Schlagwort vom „Mangel an Facharbeitern im Baugewerbe“ haben sich viele junge Leute verleiten lassen, Verzicht eines Bauberufes zu werden. Das Ergebnis ist, daß nicht nur im Baugewerbe, sondern auch in den Baubehelferbetrieben ein sehr starker Zuwachs an Lehrlingen eingetreten ist. Statt 2293 Maurerlehrlinge Ende 1924 waren Ende 1925 in 136 Baugewerkschaften 3498 Maurerlehrlinge vorhanden, so daß bei 17 938 Wehrlingen 19,5 % Wehrlinge beschäftigt wurden. Dieser Zuwachs übersteigt den der Vorkriegszeit stark. In einigen Baugewerkschaften liegt die Beschäftigung der Wehrlinge in Wehrlingen, daß bei 108 Wehrlingen 89 Wehrlinge beschäftigt wurden. Trotz solcher Konjunktur ist im Baugewerbe die Zahl der Wehrlinge von 51 auf 93, bei den Ofenleher von 92 auf 350 gestiegen. Geradezu schändliche Zustände herrschen im Glaserberuf, wo bei 500 sogenannten „Kellerkautern“ überhaupt keine Wehrlinge, dafür aber 2 bis 3 Wehrlinge beschäftigt werden. Wenn diese jungen Leute 3 bis 4 Jahre bei 5 bis 8 A. Entschädigung je Woche „gelernt“ haben, müssen sie als Hausdiener oder in einer ähnlichen Beschäftigung ihr weiteres Fortkommen suchen, weil sie bei den wenigen Reparaturen nicht viel gelernt haben, um als Glaser arbeiten zu können. Die Wehrlinge im Baugewerbe sind organisierten Wehrlingen ist von 996 auf 1233 gestiegen. Den Baugewerkschaften ist zur Pflicht zu machen, sich nach mehr als bisher um die Organisation und die sachliche Ausbildung der Wehrlinge mittels Abhaltung von Vorkursen und Bildungsstufen zu bemühen. Eine gute Ausbildung von selbstgeleiteten Wehrlingen der Berliner Jugendgruppe auf dem Bezirksstag zeigte den Angeordneten, wie auch in den Provinzorten die Jugendbewegung durch praktische Arbeit gefördert werden kann. Ueber Lohnbewegungen, Arbeitseinstellungen, Abschluß von Orts- und Bezirksverträgen, gemeinschaftlichen Organisationen und Sozialleistungsfragen wurde eingehend berichtet und auf die Erfahrungen des letzten Jahres und die sich daraus für die Bauarbeiter ergebenden Folgerungen hingewiesen. Anschließendes hielt Kollege Wernhard einen Vortrag über: „Die Lohnpolitik des Bundes“. Er wies auf die Anfänge der Arbeiterbewegung und den Entwicklungsgang der Lohnpolitik innerhalb des Bundes hin. Von jeder glaubte der Kapitalismus, daß er nur allein das Recht auf Gewinn habe und der Arbeiter alle Verluste zu tragen hätte. Wir können nicht anerkennen, daß nur der Unternehmer das Abwärtstrecht aus der Arbeitskraft, dem wichtigsten Gut der Volkswirtschaft, haben soll. Unser Ziel ist, die entstehenden Mehrwerte der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen. Nur die zentralen Lohnvereinbarungen übergeben, geordnete, geordnete, geordnete die Vorgänge in den Sitzungen des zentralen Schiedsgerichts und betonen, wenn auch die gefällten Schiedsprüche nicht mit Hilfe von den Bauarbeitern hingenommen werden können, so selbst dagegen kein Schimpfen, wir müssen vielmehr bezügelten, Einfluß auf jene Faktoren zu gewinnen, durch die allein eine Besserung zu erwarten ist. Neben der Tatsache, daß die Bauunternehmer heute stärker als früher organisiert sind, spielt eine gewisse Rolle, daß 5 % der Gesamtbevölkerung direkt und indirekt vom Bau leben. Die wichtigsten Industriezweige werden durch sie beeinflusst. Die Industrie liegt in den Bauarbeiten die Schrittmacher für höhere Industriezweige. Deshalb hat die Industrie das größte Interesse daran, vor den „hohen“ Löhnen der Bauarbeiter alle Welt gerückt zu werden und dafür zu werden, daß die „hohen“ Bauarbeiterlöhne abgelesen werden. Es ist heute so, daß die Bauunternehmer Ruppen in den Händen der Industriezweige liegen, wie es den Interessen der Industrie dienlich ist. Deshalb müssen sich alle Berufsgruppen mehr denn je zusammenschließen, um gegenüber einer einzigen Unternehmerorganisation zu stehen, die mit Hilfe der öffentlichen Meinung eine Front gegen die Bauarbeiter bildet. Selbst in Regierungskreisen herrscht die Ansicht, daß die jetzigen Löhne der Bauarbeiter „untragbar“ seien. Vor dem zentralen Schiedsgericht hatten die Unternehmer mit den Beschäftigten gut vorgearbeitet. Ihr Ziel geht dahin, den Lohn auf den Vorkriegsniveau herabzusetzen und es den Arbeitern zu überlassen, auf Kosten einer verlängerten Arbeitszeit die erhöhten Lebenskosten wieder einzunehmen. Man denkt nicht an den Arbeitsanfall in den Wintermonaten, man hat nur die niedrigere Produktivität vor Augen. Sie können nur eine wirksame Lohnpolitik im Grunde betreiben, wenn jeder Bauarbeiter Mitglied des Bundes ist. Deshalb müssen wir uns bemühen, dafür Sorge zu tragen, daß die Organisation im Bezirk und im Reich stark genug wird, um dem Gegner noch wirksamer entgegenzutreten zu können. — In der Aussprache wurden Anträge gegen die Wehrlingsführung des Bezirksverbandes nicht erhoben. Die vorgelegten Anträge auf Förderung des Bauarbeiterlöhnes und Anweisung der von auswärts kommenden Wehrlingen in Berlin der Bauhilfsbewegung durch den bezüglichen Sozialfürsorgefonds soll weiter betrieben werden. Drei Anträge, vom Kollegen Odenburg, Königsdorfer, Berlin, einwandsfrei, zu denen Kollege Driemüller, Berlin, 3 Einigungsanträge stellte, wurden angenommen. Der erste Antrag betraf die Zustimmung zu dem Projekt des Berliner Ortsausschusses gegen das Verbot der „Noten Kasse“ mit dem Zusatz, daß der Bezirkslag Pressefreiheit auch in Sowjetrußland für die Amsterdamer Richtung fordert. Der zweite Antrag verlangt die Freilassung der amerikanischen Gewerkschaftsführer und im Zusammenhang die Freilassung der Gewerkschaftsführer der Amsterdamer Richtung in Sowjetrußland und daß diesen Emigranten die Rückkehr nach dort und Bewegungsg-



stlicher Weise geehrt. Der Mitgliederbestand am Schlusse des 2. Quartals betrug 12 885. In der Aussprache wurde scharf beurteilt, daß die Genossenschaftsleitung ihre Bauarbeiten an Privatunternehmer vergeben hat. Die Redner erwarten, daß die Genossenschaftler des gleichen Prinzip, wie im eigenen Geschäft, auch gegenüber der Bauhüttenbewegung anwenden. Eine Ausnahme für die Bauhüttenbewegung der Organisationsleistungen könne für die Bauhütten "Produktion" nicht zugelassen werden. Ferner wurde scharf von allen Rednern gefordert, daß der neuen Zeilenbildung trotz aller Vollzeitleistungen unter Anwendung der Bundesbestimmungen sofort ein Riegel vorgeschoben wird. Einmütig wurden die Beschlüsse des Vorstandes in den Fragen der Beschäftigten und Praktikantenbildung gutgeheißen. Die Entlohnung des Vorstandes geschah gleichfalls einstimmig. Auf Antrag des Vorstandes wurde der Köpfer Franz Scholz ausgeschlossen. Scholz hat gegen die Baugewerkschaft Klage bei dem Landgericht erhoben auf Zahlung von Entschädigung, weil er glaubt, die Baugewerkschaft für den von der Fachgruppe der Köpfer gefassten Beschluß in bezug auf die Arbeitsvermittlung verantwortlich zu machen. Scholz hat vermittelte Arbeit abgelehnt mit dem Bemerkten, daß die Klage nach Schönbach. Der von der Fachgruppe der Köpfer zum Obmann gewählte Kollege Fiedler wurde auf Grund der Bestimmung des Ortsstatuts § 7 vom Vorstand nicht bejahet.

**Jünferburg.** (Hermann Waude 25 Jahre Alt, Postkellner.) Zu einer erhebenden Feier fanden sich Vorstand und Beirat unserer Baugewerkschaft am 17. Juli zusammen. Es galt drei Jubilare zu ehren: den Kollegen Schmidt, der über 25 Jahre, den Kollegen Julius Kraft, der über 35 Jahre und Kollegen Hermann Waude, der über 30 Jahre Mitglied unserer Organisation ist. Der letztere konnte zugleich auf eine fünfundsingzigjährige Tätigkeit als Angehöriger in unserer Organisation zurückblicken. Kollege Kintzler ehrte in seiner Festrede die Jubilare, insbesondere den Kollegen Waude, der schon 1901 von Zentralverband der Maurer in Breslau angeführt wurde. Unser Vornelbender, der Hermann Waude zu schätzen verstand, hat ihn dann ein Jahr später mit der äußerst schwierigen Aufgabe betraut, die Kattowitzer Erde, wo es von Inorganisierten und Streikbrechern wimmelte, für die Organisation zu gewinnen. Diese Aufgabe hat Kollege Waude in vorbildlicher Weise gelöst, noch heute hängt in seinem Arbeitszimmer das Ehrendiplom, das ihm die dankbaren Kattowitzer Kollegen 1913 bei seinem Ausscheiden ausgestellt haben. Von 1913 bis 1922 war Hermann Waude dann Geschäftsführer der Baugewerkschaft Elbing. Der Rufen war ihm nicht lange fern geblieben. Die Baugewerkschaft Jünferburg brauchte nach Abgang von Gustav Dohlsbier wieder einen tüchtigen Führer, und so berief man auf Hermann Waude. Er trat sein Amt in Jünferburg nicht in ruhiger Zeit an. Unter Einsatz seiner ganzen Kraft ging er heran an den Aufbau der Baugewerkschaft. Heute steht Jünferburg gefestigt da. Ein inniges Band der Bundeszugehörigkeit und Kollegialität umschließt heute Hermann Waude und seine Mitarbeiter; das Gefühl, das die Baugewerkschaft Jünferburg ihrem Führer bei dieser Feier darbrachte, war ein besonderes Zeichen der Verehrung und Anerkennung. Möge Hermann Waude auch weiterhin noch recht lange für das Wohl unseres Bundes wirken!

**Kallberg.** (Erundungsjahre.) Am 26. und 27. Juni feierte unser Verein sein dreißigjähriges Bestehen, verbunden mit der Ergründung von 15 Kollegen, die 25 Jahre und länger unserer Organisation angehören. In seiner Begrüßungsrede wies Kollege Siering auf die Bedeutung der Genossenschaft hin. Darauf schiederte Kollege Weyer die Bauarbeiterbewegung von ihren Wurzeln bis zur Gegenwart, anschließend übertrug er unsern Vorsitzenden der Jubilare den Ehrenurkunden und die von der Baugewerkschaft gestifteten Jubiläumsgeldscheine. Konzert und Tanz hielt die Kollegen und Gäste noch einige Stunden beisammen. Am Sonntagvormittag fand unter Führung der Kollegen Siering und Weyer eine Besichtigung der Müddersdorfer Kalkwerke statt, woran auch die Müddersdorger Kollegen teilnahmen. In der darauffolgenden Festversammlung sprach Kollege Siering sich mit und übertrug die Grüße des Bundesvorstandes. Er gedachte der schweren Zeit, während der unsere Jubilare treu zur Organisation gestanden haben, erwähnte mit besonderer Wärme die Mitarbeit der Frauen und erwähnte die jüngeren Kollegen, den allen nachzueifeln. Möge unsern wohlgeleiteten Fest mit dazu beitragen, unsern Baugewerksbund weiter zu stärken.

**Münberg.** Die Bautätigkeit läßt auch bei uns zu wünschen übrig. Inmehrin hat die Stadt in diesem Frühjahr größere Hoffnungsarbeiten in Angriff genommen, wobei nur arbeitsscheue Bauarbeiter Verwendung finden sollten, weil diese Arbeiter nur durch geschulte und eingearbeitete Bauarbeiter zu beschäftigen sind. Deshalb haben sich auch in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises, als es sich darum drehte, ob in diesem Falle der Bauarbeiterlohn in Frage kommen sollte, neben den Arbeiterbeisitzern auch die Vertreter des Arbeiterausschusses dafür ausgesprochen. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für Zahlung nach dem Bauarbeiterlohn. Es wurde aber nur der allgemeine Tariflohn gezahlt, alle anderen Bestimmungen im Tarifvertrag wurden nicht beachtet. Erst nach wochenlangen Verhandlungen und nach Eingeben an das Arbeitsamt für Arbeitsvermittlung in München durch unsern Baugewerkschaftsvorstand konnten die übrigen Bestimmungen des Tarifvertrages durchgedrückt werden. Unsere lieben Syndikalistinnen nennen dies in einem Flugblatt eine "Hinderung ihres Kampfes" durch den Baugewerksbund, obwohl feststeht, daß diese gewerkschaftliche Forderung keine Hand gerührt hat, um den bei diesen Arbeitern Beschäftigten zu ihren Rechten zu verhelfen. Die ihnen verschafften Vorteile werden sie natürlich gern ein, was sie allerdings nicht daran hindert, bei jeder Gelegenheit den Baugewerksbund zu "brandmarken". Das fällt nun nicht weiter auf. Wunders muß man sich höchstens, daß es Arbeiter fertigeren, Kaufmann zu werden und dadurch den Unternehmern Helfersdienste zu leisten. Nur dadurch war es möglich, daß trotz des Beschlusses, wonach der volle Tarifvertrag zur Anwendung zu kommen hat, sich einige Unternehmern nicht daran gehalten haben. Bei Hoffnungsarbeiten hat der Verband nichts zu sagen, Baubetriebe brauchen wir nicht, so barmherzigen diese, Ausgewerks-

schäftler. Dadurch wurde es den Unternehmern sehr leicht gemacht, die Arbeiter, die die tariflichen Bestimmungen nicht kannten, um ihre Rechte zu prellen. Nur ein Beispiel sei hier erwähnt. Die Firma Wende gabste den tariflich festgesetzten Wasserzuschlag nicht; wer sich weigerte, in das Wasser zu steigen, hat Feuerbrand wegen Arbeitsverweigerung. Die Folgen weiß jeder selbst. Nach 13 Wochen muß obnedies das Arbeitsverhältnis gelöst werden. Den Arbeitern wird dann ein Kleevers zur Unterschrift vorgelegt, wonach er keinerlei Ansprüche an die Firma mehr zu stellen hat. Einer unserer Kollegen, der glaubte, die Interessen der Kollegen auf der Baustelle allgemein wahrzunehmen zu sollen, hat seine Sache allein durchgeführt; dies brachte ihm in der angelegentlichsten Weise im Vergleichswege noch 40 M als Entschädigung. Das eine Beispiel läßt ahnen, welche Summen den Unternehmern durch solche Maßnahmen geschenkt werden. Aber das machen leider Arbeiter lieber, als sich der zuständigen Organisation anzuschließen und ihre Rechte zu wahren. Was hier von den Inorganisierten gesagt wird, trifft auch auf in anderen Gewerkschaften Organisierte zu. Denn auch diese Kollegen glauben, als Hoffnungsarbeiter sich nicht an eine Ordnung wie sie im Baugewerbe gang und gäbe ist, halten zu brauchen. Unsere Kollegen mögen nicht erlauben, um sich durch betriebsliche Schikane und Manipulationen ihre Rechte auch bei Hoffnungsarbeiten nicht streitig machen zu lassen.

**Stuttgart.** Unsere Baugewerkschaft hielt am 25. Juli ihre Halbjahresgeneralversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken einer Anzahl verstorbener Mitglieder in der üblichen Weise geehrt. Unter den Verstorbenen befindet sich auch der Mitbegründer des früheren Bauhilfsarbeiterverbandes der Baustelle Stuttgart, dem die Bauhilfsarbeiter heute noch sehr viel zu danken haben. Dem Geschäftsbereich erstattete Kollege Wender. Die allgemeine wirtschaftliche Krise hat ihre Auswirkung auch im Baugewerbe nicht verfehlt. Die Bautätigkeit lag im allgemeinen bis weit in die letzte Wintersonne hinein sehr darnieder. Dies wirkte sich besonders in der großen Arbeitslosigkeit sämtlicher Bereiche des Baugewerbes aus. Das städtische Bauprogramm ist viel zu spät in Angriff genommen worden. Jetzt fast alles in fast unmöglichen kurzfristigen Terminen im Galopp tempo ausgeführt werden. Es erweckt den Anschein, als wenn die verpöbelte Finanzgründung des städtischen Bauprogramms im ersten Zusammenhang mit der Lohnabschaffung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe steht. Man gewinnt überhaupt den Eindruck, daß auf dem Markte nur den Wünschen der Bauunternehmer Rechnung getragen wird, sonst könnte es nicht vorkommen, daß auf Eingaben der Bauarbeiter sich heute noch nicht geantwortet worden ist. Die wirtschaftliche Krise und die Beschäftigung von Hoffnungsarbeitern mühen viele Unternehmern zu ihrem eigenen Vorteil aus. Die Hoffnungsarbeiter aus anderen Industrieen, die jetzt im Baugewerbe ihr Brot verdienen müssen, dürfen sich nicht als Lohn- und Tarifbrüder mißbrauchen lassen. Der Bauarbeiterbund läßt im allgemeinen viel zu wünschen übrig. Das gestellte Urteil über die Schuld des Bauunternehmens im vergangenen Jahre an der Erhaltung des Erwerbenden-Denkmal ist erkennen, wie fähig heute ein Bauarbeiterseiner, von der Justiz eingeschätzt wird. Die Lohnabschaffung der Unternehmern hat es veranlaßt, durch zentralen Ausschuss die Löhne der Maurer um 5 %, die der Hilfsarbeiter um 3 % und die der Kleinfuhrarbeiter um 10 % zu kürzen. Zur Zeit besteht im württembergischen Baugewerbe außer bei den Löhnen ein tarifloser Zustand, weil die Unternehmern die Regelung der Arbeitszeit und der Ferien auf der jetzt üblichen Grundlage in den Vertrag nicht aufnehmen wollen. Durch Landgerichtsurteil wurde den Bauarbeitern endlich ihr Ferienrecht für das Jahr 1925 ausgesprochen. Im Gipfelergebnis konnte ein Tarifvertrag auf der seitherigen Grundlage abgeschlossen werden. — Trotz der Krise mühten einige Bewegungen geführt werden. So am Neubau der Reichspost und bei den Pfaltenleuten. Der Mitgliederbestand ist infolge der Krise zurückgegangen; er beginnt sich aber wieder zu heben. Den Klassenbericht erstattete Kollege Zuberer. Kollege Wenzelmann erstattete den Bericht über den Bauarbeiterbund. Dem Ausschuss wurde Entschuldigungsbescheid. Die Berichtskommission hatte einen Fall zu erledigen. Die Aussprache war sachlich. Den Vorschlag der Versammlung bildete ein Antrag des Kollegen Florenz vom Ortsausschuss des WAG. über das Erwerblosenproblem, der allgemeinen Beifall auslöste. Folgende Entscheidung wurde angenommen: "Die Generalversammlung protestiert auf das schärfste gegen die kurzfristigen Bauntermine bei dem Bau der städtischen Wohnungen. Kostbare Zeit ließ man in der besten Bauzeit ohne triftigen Grund verstreuen. Monatslang lagen die Bauarbeiter auf der Straße in einer Zeit, als man die städtischen Bauten gut in Angriff hätte nehmen können. Durch den Bezug von auswärtigen Bauarbeitern versucht man nun, die städtischen Bauten im Galopp tempo auf Kosten einer solchen Ausfüllung fertigzustellen, gleichgültig ob dann die anständigen Bauarbeiter der Erwerblosen fürchte anseheinfallen oder nicht. — Die Generalversammlung fordert ferner die stärksten Finanzgründung der Bauregierungsarbeiten. Sie begünstigt es als Pflicht der Baugewerkschaften, für die Befähigung aller burschaftlichen Genossen, die der Durchführung dieses Projektes im Wege stehen, Sorge zu tragen." Gegen 4 Uhr konnte die in allen Teilen sachlich verlaufene Generalversammlung geschlossen werden. Den Abschluß des Tages bildete ein gemeinsamer Besuch der amerikanischen Bauausstellung.

**Aus den Fachgruppen**

**Asphaltierer.** Oberfeld-Barmen. Unsere Fachgruppe hielt am 24. Juli eine Mitgliederversammlung ab. Es war uns gelungen, den Kollegen Linz, Berlin, für diese Versammlung als Referenten zu gewinnen. Der Fachgruppenleiter Schäper beglückte ihn in herzlicher Weise. Kollege Wenzel sprach über die Urgraben der Wirtschaftskrise und die Verschärfung der Unternehmern, die Löhne abzubauen. In eingehender, verständlicher Weise behandelte er dieses Thema und schloß seine vortrefflichen Ausführungen mit der Mahnung, wie bisher auch in dieser bittersten Zeit

treu zum Baugewerksbund zu stehen. Wegen dann Angriffe kommen, den so es auch sei, wir werden infolge sein, nicht nur die Angriffe abzuwehren, sondern neue Erfolge zu erringen. Nach der sachlichen Aussprache stellte Kollege Linz dann noch einige angeregte Fragen richtig.

**Mün. a. Rh.** Am 25. Juli sollte hier eine Versammlung unserer Fachgruppe stattfinden. Die Zustände in der Fachgruppe waren schon seit längerer Zeit die denkbar traurigsten. Die einst so blühende Organisation der Kölner Asphaltierer ist durch persönliche Entzerrungen, Gabel, Mißgunst und Neid vollständig zusammengebrochen. Schon im vorigen Jahre bestanden zum Teil die gleichen Verhältnisse. Jedoch sahen es, daß die maßgebenden Kollegen sich wiedergefunden hatten und nun in der gleichen Weise zusammenwirkten würden wie in früheren Jahren, zumal sich die gegen den Gruppenleiter Storf erhobenen Anwürfe in der Versammlung als unzulässig erwiesen hatten und alleseitig zum Ausdruck gebracht wurde, daß Storf seine Pflicht getan hätte. Leider hat Storf dann später seine Pflicht in der größten Weise vernachlässigt. Das ist schändlich, zumal Storf noch auf dem außerordentlichen Bundesstag die Kölner Asphaltierer als Abgeordneter vertreten hat. So war dann der alte Kollege Arthur Speerbaum der einzige, der auf den Ruf zur Versammlung pünktlich zur Stelle war. Später kam dann auch noch ein früherer langjähriger Asphaltierer J. Breuer. Die Gründe des Zerfalls der Organisation sind die "hohen" Beiträge; ferner sind die Kölner Asphaltierer der Meinung, sie hätten es nicht nötig, der Organisation noch anzugehören und Beiträge zu zahlen, da sich ihr Lohn ja immer dem der Maurer anpaßt. Nun, trotzdem wird erneut an den Wiederaufbau der Organisation der Asphaltierer Mühs herangezogen werden. Es muß gelingen!

**Betonarbeiter.** München. Am 18. Juli hielt unsere Fachgruppe ihre Vierteljahresversammlung ab. Nachdem Genosse Koch einen Vortrag über die "Hoffstürze" gehalten, sprach unser Fachgruppenobmann über die Auswirkung des Lehrlingswesens im Betonfach. Die Unternehmern tragen sich mit dem Gedanken, so viele Lehrlinge im Betonfach heranzuziehen, daß später die angeleiteten Kollegen nicht mehr benötigt und mit dem Hilfsarbeiterlohn abgewickelt werden können. Auf Protest unserer Fachgruppenobmannes soll nun ein Mittelweg gefunden werden, damit die angeleiteten und schon jahrelang in unserm Beruf tätigen Kollegen vor dem Abwimmeln bewahrt und ihrem Beruf erhalten bleiben. Die älteren Kollegen, die schon 4 Jahre unsern Beruf ausüben, sollen ohne weiteres als Facharbeiter angesehen werden. Den jüngeren Facharbeitern in Betracht kommen. Dies sind zunächst nur Vorschläge, weitere Verhandlungen sind im Gange. Erwähnt sei noch der hartnäckige Widerstand der Zimmerer in der Ausbildung von Lehrlingen für Betonfertigung. Im dritten Punkt der Tagesordnung wurden verschiedene Wichtige Punkte auf den Bauhallen kritisiert. Vielfach trugen die Kollegen selbst die Schuld, weil sie nicht für eine gelockerte Organisation sorgen und die Anordnungen der Sektions-, Baugewerkschafts- und Bundesleitung nicht beachten. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch die anderen Betonfachgruppen unseres Bundes ihre Berichte im "Grundstein" veröffentlichen. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, kräftig am Aufbau der Fachgruppe mitzuarbeiten.

**Glaser.** Die Bauzeit gegen die Organisation. Beobachten wir den Versammlungsbesuch der Arbeiter im allgemeinen und in unsern Fachgruppen im besonderen, so muß festgehalten werden, daß sich bei vielen Kollegen eine ziemliche Gleichgültigkeit bemerkbar macht. Oft muß man den Ausdruck hören: "Auf mich kommt es doch nicht an", oder: "Es hat ja doch keinen Zweck" usw. Widen wir jedoch einmal in die Vergangenheit, so können wir ohne weiteres feststellen, daß die mehr Pflichtgefühl vorhanden war; denn der Aufbau der Gewerkschaften hat große Opfer erfordert. Unsere Wortkämpfer, unsere alten Kollegen fragen nicht erst lange, hat es wirklich einen Zweck, sie waren überzeugt von ihrem Tun, sie laien ihre Pflicht und Schuldigkeit, sie für das Gesamtwohl der Kollegen zu tun. Sie haben recht gehabt. Die Erfolge ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit blieben nicht aus. Wer zurückdenkt, muß das bestätigen. Es ist noch gar nicht lange her, daß die Gewerkschaften auf der Höhe ihrer Macht standen und über 8 Millionen Mitglieder zählten. Auch wir bildeten heim Anschluß an den Deutschen Baugewerksbund eine Gruppe von nahezu 4000 Mitgliedern. Das Unternehmern fürchtete die Macht der Arbeiter und nahm bei Lohnverhandlungen einen vernünftigen Standpunkt ein. Was hat sich jetzt so manches geändert! Nachdem bei der Arbeiterschaft Gleichgültigkeit eintrat und auch bei uns ein Teil der Kollegen der Organisation den Rücken kehrte, setzte ein gewaltiger Niedergang in Verbalen der Unternehmern ein. Überall das Bestreben nach Lohnabbau und Verschärfung der Arbeitsverhältnisse, obwohl die Beschäftigten die Arbeitslosigkeit und der Beschäftigten die Arbeitslosigkeit der Arbeiter an sich schon verheißelt wird! Kollegen, wach auf! Was soll das führen? Reinst Euch rechtzeitig, ehe es zu spät ist. Bis jetzt waren wir noch in der Lage, die Angriffe der Unternehmern abzuwehren. Nunmehr aber die Gleichgültigkeit noch größere Formen an, dann werden wir schweren Schaden erleiden. Deshalb, Kollegen, erfüllt Eure Pflicht, halt alle Sammlungen heran, besudt regelmäßig Eure Versammlungen, wachet dem Baugewerksbund die Treue, damit wir jederzeit gerufen dastehen!

**Samtadt.** Einige Glaser können hier Arbeit finden. Wohnung auf dem Bureau der Baugewerkschaft Darmstadt, Bismarckstraße 19.

**Folierer.** Bremen. Am 31. Juli hielten wir eine sehr gute und beachtliche Versammlung ab, in der zunächst Kollege Rejzfeld, der von der Fachgruppe nach der "Kettel" erkrankt worden war, einen Vortrag über das dort Geschehene hielt. Darauf besprach sich die Versammlung mit dem von dem Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch, den Reichs-Tarifvertrag betreffend. Alle Redner stellten sich auf den

Standpunkt, daß dieser Schiedspruch, der gegenüber dem alten Reichsarbeitsvertrag Verschlechterungen bringt, unbedingt abgelehnt werden müsse. Nach zeitlicher Aussprache wurde der Schiedspruch einstimmig abgelehnt. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Am 31. Juli tagte eine außerordentliche Zylinder-Verammlung, in der über den Schiedspruch vom 10. Juli eingehend beraten wurde. Da der Schiedspruch bedeutende Verschlechterungen aufweist, wurde er einstimmig abgelehnt. Die Nachprüfung des Lohnabbaues konnte kein Kollege verstehen, gerade in einer Zeit, wo die Lebenshaltung allgemein im Steigen begriffen ist. Ferner nahm die Versammlung Kenntnis von den Verbindlichkeiten der „Freien Vereinigung“, die deren Vorsitzender an die Chemiker Kollegen geschrieben hatte. Es wies daraufhin, daß an jedem Sonnabend nach dem 15. jeden Monats die regulären Monatsversammlungen der Zylinder- und Steinbohrer Kollegen stattfinden.

Mannheim-Ludwigshafen. Unsere gut besuchte Versammlung am 1. August befaßte sich mit dem von dem Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch zum Reichsarbeitsvertrag. Kollege Wappler betonte den Schiedspruch, der große Enttäuschung hervorrief. Schon seit Jahren machen sich systematische Verschlechterungen auf eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkbar, und wenn die Zylinder diese Verschlechterung willig hinnehmen und dem Schiedspruch zustimmen würden, so würde beim nächsten Tarifabschluß eine weitere Verschlechterung stattfinden. Bis jetzt sind die Kreise für Wohnung, Lebensmittel und Kleidung nicht zurückgegangen, indem haben sich in letzter Zeit noch erhöht. Es liegt deshalb auch keine Veranlassung zu einem Lohnabbau vor. Während auf der einen Seite die Materialpreise hochgeschraubt und die Arbeitslosigkeit, die hier schon in auffälliger Weise ausgeartet ist, aufs größtmögliche getrieben ist, sucht man auf der anderen Seite einen Abbau des Lohnes vorzunehmen. Die Zylinder- und Steinbohrer lehnten den Schiedspruch einstimmig ab.

**Steinbohrer und Rammer.**

Mainz. Der Schiedspruchsausschuß Mainz hat die am 30. August beteiligten Unternehmer und Arbeiter auf den 2. August zu einer Aussprache geladen, um sich darüber Klarheit zu verschaffen, und wie Einigungsverhandlungen geführt werden sollen. Bei den beteiligten Firmen besteht entschieden das Verlangen, wieder zu einer tarifvertraglichen Ordnung zu kommen. Dagegen arbeitet besonders die Geschäftsstelle des Mittelrheinischen Arbeitgeberverbandes in Frankfurt a. M., die die Meinung vertritt, daß eigentlich für Pfälzer nichts zu verhandeln sei. Sie erklärt sich aber bereit, nach dem 1. Januar 1927 mit uns zu verhandeln. Das könnte den Unternehmern so passen. Nachdem mit einer großen Zahl nicht beteiligter Firmen Vereinbarungen abgeschlossen sind, den bisherigen Stundenlohn bis zum Abschluß eines ökonomischen oder bezirkslichen Lohnabkommens weiter zu zahlen, und die Zahl der im Kampfe stehenden Mitglieder verhältnismäßig gering ist, können wir ruhig so lange warten, bis sich die beteiligten Pfälzermeister eines Beschlusses geteilt haben.

**Stukkateure und Puffer.**

Aus den Unternehmern. Das Organ des Stukkateurenbundes bringt in seiner Augustnummer unter anderem die Mitteilung, daß mit dem „Deutschen Arbeiterverband für das Baugewerbe“ erneut Verhandlungen aufgenommen wurden über ein etwaiges „geeignetes Zusammengehen“. Als Vertreter der Stukkateurengeschäfte sind die Herren Dreuer, Pfeiffer, Eugen Caspary, Berlin, und Suse, Hamburg, bestimmt worden. Interessant ist, daß in bezug auf Rheinisch-westfälischen Baugewerkeverband, der sich bereits seit mehr als Jahrzehnt in einer Weisung gegen die Lebernahme und Ausübung der Stukkateure durch Stukkateure wendet, die weder sachlich noch berechtigt ist. Man bekommt in diesen hässlichen Streit, der allerdings auch für die Stukkateure höchst interessant ist, einen Einblick, wenn man die jetzt zur Verfügung gekommenen Niederschrift über die Verhandlungen der Stukkateure das auf Seite 19 wiedergegebene beträchtliche Stukkateuren des Westdeutschen Bauausführes liest. Wir werden uns in nächster Zeit einmal ausführlich mit diesen Streitigkeiten beschäftigen.

Bezirksverband Köln. Die Lohnbewegung der Stukkateure in Rheinlande ist beendet und hat zu einem annehmbaren Ergebnis geführt. Ende Mai ließ der Stukkateurenbund an seine Mitglieder im Rheinlande die Weisung ergreifen, überall dort, wo der Lohn der Puffer und Stukkateure sich auf dem Mauererlohn aufbaut, vom 1. Juni an einen Lohnabbau von 2 bis 5 % vorzunehmen. Das ist fast überall befolgt worden. Am 19. Juli fanden nun nochmals bezirksliche Verhandlungen statt, bei denen festgelegt wurde, daß die in den örtlichen Verhandlungen festgesetzten Lohn- und Abfordrungen bis zum 30. Juni 1927 weiter bestehen sollen. Der städtische Schlichter für das Rheinland soll darüber entscheiden, ob der Lohnabbau, der für die Mauerer und Bauarbeiter eingetreten ist, auch für die Stukkateure in den Städten gelten soll, wo der Mauererlohn die Grundlage der Puffer- und Stukkateurelöhne bildet. Diese Entscheidung wollen beide Teile anerkennen. In bezug auf die Arbeitsvermittlung wurde vereinbart, daß die Unternehmer der Stukkateure sowohl Puffer als auch Stukkateure von den Arbeitsnachweiser anfordern sollen. Die Regelung der Ferien- und der Arbeitsfragen ist damit dort bis nächstes Jahr fertig. Am 1. August gefällten Schiedspruch. Er lautet: In den Gebieten, in denen der Lohn am 29. Mai in Anlehnung an die Regelung im Baugewerbe festgesetzt worden ist, wird er in der gefürhten Form weitergeführt bis 31. August 1926. Vom 1. September 1926 bis 31. Mai 1927 gilt im ganzen Bezirk wieder der Lohn, der vor dem 29. Mai 1926 festgesetzt worden ist.

Münster. Den Stukkateuren wollen die Unternehmer die 20 % je Stunde abziehen. Es ist eine sonderbare Entscheidung, daß die Unternehmer, die bisher den Schiedspruchsausschuß geschildert haben, bei solchen Gelegenheiten jetzt zu ihm ihre Zustimmung nehmen. Nun, sie wissen warum, der Wind kommt jetzt dort aus einer anderen Richtung. Die Arbeiter aber mögen sich dessen erinnern, daß sie nur durch die Organisation ihrer wirtschaftlichen Positionen erhalten oder verbessern können.

**Liebauarbeiter.**

In die arbeitslosen Reihen. Aus gegebener Veranlassung weisen wir darauf hin, daß die projektierte Duralalperre, im Gebiet unserer Augustwerkstatt in Liebau, nicht gebaut wird. Die Hindernisse sind uns nicht bekannt. Wir bitten die Kollegen, dies zu beachten, um unnütze Anfragen und Reisen nach dort zu ersparen.

**Töpfer und Glasarbeiter.**

Baugewerksbund über Fabrikarbeiterverband? Die Verbände der Porzellan- und Glasarbeiter haben nunmehr ihren Beitritt zum Fabrikarbeiterverband vollzogen. Sie bilden mit ihm mit den Ziegeln den „Keramischen Bund“. Diese Industriegruppe Keramik gehört auch die Töpfer. Diese werden auf ihrem Verbandstage im nächsten Jahre zu entscheiden haben, ob sie sich gleichfalls dem Fabrikarbeiterverband und damit dem „Keramischen Bund“ anschließen wollen. In dem Gruppenbescheid des „Keramischen Bundes“ figurieren die Töpfer bereits als zu dessen Organisationsgebiet gehörig. Dazu sei kurz bemerkt, daß diese eigenmächtig vorgenommene Gruppeneinteilung einen gewaltigen Schaden für die Töpfer bedeutet, die diese Einteilung vorgenommen haben, hätten mindestens die Pflicht gehabt, an der Beratung Vertreter der Töpfer oder des Baugewerksbundes zu beteiligen. Sie sind jetzt in den „Keramischen Bund“ eingegliedert, ohne sie auch nur zu hören, andere ungewollt. Wegen dieses Verfahrens und auch dagegen, Gruppen in diesem Gruppenbescheid aufzunehmen, ist beim Vorstand des BGDW, bereits Einspruch erhoben worden. Dem dieses Verfahren widerprücht dem § 7 der Satzung des BGDW, wonach „Organisationsgebiete“ nicht „schonmalig abgegrenzt“ werden dürfen, ferner sollen alle Angehörigen „jeweils durch Vereinbarung der in Frage kommenden Zentralverbände erfolgen.“ So viel hierüber an dieser Stelle.

Arbeit zu schaffen, wird nötig sein, auch darüber, ob der 2. Absatz des § 6 und der 2. Satz des § 7 der Satzung des BGDW zu Recht bestehen. Wenn man schon Verschmelzungen anstrebt, dann unter Beachtung der in Weslau beschlossenen Bundesabstufungen. — Die Töpfer werden nun im nächsten Jahre zu entscheiden haben, ob sie sich gleichfalls dem „Keramischen Bund“ anschließen wollen. Diese Entscheidung ist nicht so leicht wie bei den Glas- oder Porzellanarbeitern. Denn bei der Bildung des Anstufungsbundes würde die heute im Baugewerksbund bestehende Gruppe der Töpfer zerstört werden. Die Töpfer sind Bauarbeiter und müßten ohne weiteres in den Baugewerksbund verbleiben. Bei den Ofenformern liegt es so, daß sie in engem, gemeinschaftlichen Zusammenhang mit den Ofenformern des Ofenhandwerks und Ofenformern von denselben Ziegeln im gleichen Betriebe arbeiten. Es gibt sogar Scheibentöpfer, die zugleich Ofenformer sind. Gewerliche Zusammenhänge zwischen Glasarbeitern und Töpfern alter Art gibt es nicht, zwischen Porzellanarbeitern und Ofenformern nur insofern vorhanden, daß einige Meißner Fabriken zugleich Schmelzen und Porzellanherstellung — natürlich in getrennten Abteilungen — betreiben. Auch mit den Scheibentöpfern haben Porzellanbetriebe wenig Zusammenhang, mit den Steingewerbetrieben gar nicht. Ferner kommt für die Töpfer in Betracht, daß sie die Frage des engeren gewerkschaftlichen Zusammengehörens bereits am 1. Januar 1923 gelöst und durch ihren Beitritt an den Baugewerksbund auch erfahren haben, daß ihnen in diesem Bund volle vollkommene gewerkschaftliche Schutz zur Seite steht. Und zu diesem Zweck beschließt man sich ja in erster Linie. Dies alles sind schwerwiegende Gründe, die auch die Gegenseite anerkennen muß. Wägen nun unsere Kollegen die Frage freilich überlegen und überlegen. Die Entscheidung liegt bei ihnen. Man darf nicht ausgehen werden; denn in der freiwilligen Verschmelzung liegt nach den Weslauer Beschlüssen die beste Entwicklungsmöglichkeit. Auch müssen wir auf das bestimmteste die Erwartung ausdrücken, daß der Fabrikarbeiterverband unter keinen Umständen dazu übergeht, Töpfer irgendwelcher Art bei sich schon zu aufnehmen. Dazu steht ihm jede Berechtigung. Wir werden es nicht mehr dulden, wenn versucht wird, irgendwelche Teile der Töpfergruppe des Baugewerksbundes dem Fabrikarbeiterverband zuzuführen. Wo solche Übergriffe einzelner Ortsgruppen des Fabrikarbeiterverbandes geschehen sollten, bitten wir sofort um Nachricht. Die Forderung der Töpfer ist Organisationsgebiet des Baugewerksbundes, und zwar so laute, bis die Töpfer anders beschließen haben. Die Neutralität, die wir anfänglich der Verschmelzung der Glas- und Porzellanarbeiter an den Fabrikarbeiterverband bewiesen haben, müssen wir in der Töpferangelegenheit vollständig auch für uns in Anspruch nehmen.

Gemüht. Die Kollegen wollen beachten, daß die Ofenformer, die unsern Bund allerdings nicht angehören, im Streit stehen. Auch für unsere Kollegen ist Gemüht gefährlich. Bei der Firma Wülfer sind von neuem Differenzen ausgebrochen. Wülfer beabsichtigt, dieöhne der Scheibentöpfer herabzusetzen; er lehnt den Spruch des Schiedspruchsausschusses ab. Es ist nunmehr die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruchsausschusses beantragt. Die Firma ist für Scheibentöpfer bis auf weiteres gesperrt.

Friedrichshafen i. Baden. Herr Wente, einst Professor und jetzt Direktor der Steingewerke mit einem jährlichen Mindesteinkommen von 42000 M brutto, ist und bleibt der böse Geist der Betriebsbelegschaft. Bereits im Anfang dieses Jahres kündigte er der Belegschaft ohne ersichtlichen Grund Lohnkürzungen an, die der Schiedspruchsausschuß in Mannheim zurückwies. Diesen Schiedspruch lehnte Herr Wente ab und legte dann Listen an, die in sich alle einschließen sollten, die gewollt waren, für den von ihm diktierten Lohn zu arbeiten. Diesen stellte er in Aussicht, voll arbeiten zu können, während jene, die auf die Einhaltung des verbindlich erklärten Schiedspruches bestanden, verurteilt arbeiten mußten und unter andere Druckmittel gesetzt wurden, wie Auslösen und Verschlebung an andern Arbeitsleistungen. Wegen diesen Druck flugten dann die davon betroffenen Arbeiter; das Gewerkegericht in Mannheim verurteilte Herrn Wente zur Zahlung für alle den Arbeitern entstandenen Schäden, die sich auf weit über 6000 M belaufen; außerdem kamen noch eine Anzahl Fälle in Betracht, die nach diesem Urteil zur Verbannung standen und gleichfalls zugunsten

der Arbeiter ausgefallen sind. Wer aber nun glaubte, Herr Wente hätte durch diesen Steinfall gelernt, der ist im Irrtum. Nach Ablauf des Schiedspruchsausschusses kündigte er die Lohnsätze von neuem und lehnte wiederum den Schiedspruch des Mannheimer Schiedspruchsausschusses ab, so daß wieder die Verbindlichkeitserklärung beantragt werden mußte, die zur Zeit noch aussteht. Außerdem erläßt Herr Wente eine Anzahl Verfügungen zu dem Zweck, die Arbeiter für zu machen. Ob ihm dies gelingen wird, hängt von der Einigkeit der Belegschaft ab. Derselbe Energie, mit der Herr Wente die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter des Werkes betreibt, muß auch von den Kollegen aufgewendet werden, um solche arbeiterfeindlichen Bestrebungen ein für allemal zurückzuweisen. Dazu gehört nichts weiter, als daß sich jeder einzelne der Organisation angeschlossen und damit sein Zusammengehörigkeitsgefühl seinem Nebenarbeiter gegenüber seinen Standpunkt, er sei „der Herr im Hause“, nicht aufgeben. Betundet also jeder Arbeiter des Werkes einen einheitlichen Willen, dann werden auch die Bestrebungen durch den Herrn Wente aufhören. Darum alle hinein in den Baugewerksbund!

Laurenburg i. Bonn. Die Unternehmer haben, weil die Ofenformer nicht 35 % billiger arbeiten wollen, ausgepörrt. Ihre Absicht, unter allen Umständen den Tariflohn um 35 % herabzubringen, geht daraus hervor, daß sie Verhandlungen mit den Kollegen hintertrieben haben. Erst am 16. August wurde der Tarif, am 31. Juli, indem sie zu einer „Verhandlung“ ein, zu der u. d. Vorherrsche der Unternehmer werden. Solange man nur es entgegenkommen absteht. Die Kollegen lehnen es natürlich ab, sich dieser unerhörten Vorgehensweise zu unterwerfen, worauf sie am 2. August aus dem Werk entfernt wurden. Zur noch Laurenburg i. Bonn. ist streng fernzuhalten! — Bei Verhandlungsausschuß geht die Nachricht ein, daß es den Kollegen nach schiedspruchlichen Abschlüssen und Abfordrungen abzusprechen. Die alten Arbeitsbedingungen sind von neuem befristet, um bis 31. Juli 1927 festgelegt worden.

Reibig. Der Ofenformmeister Klab in Marzfland mußte bereits mehrfach wegen rückständigeröhne verklagt werden. Wiedermal hat ein Kollege 40 M Lohn eingeküßt; denn eine geplante Forderung verlief resultatlos. Wir warnen alle Bauarbeiter vor Arbeitsaufnahme bei diesem Unternehmer. Die Ofenformer haben ihre bisherigen Positionen besetzt. Ein Schiedspruch durch den Schiedspruchsausschuß, der den Kollegen eine Verschlechterung beschieden sollte, wurde von ihnen abgelehnt. Die Unternehmer dagegen hatten zugestimmt und die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Diese wurde vom Landesrichter abgelehnt. Gültigkeit hat nun das Abkommen bis zum 1. Oktober 1926. — Auch die Ofenformer haben einen Schiedspruch mit 10 % Lohnabbau erhalten. Dieser Spruch wurde von beiden Seiten abgelehnt. Weitere Verhandlungen sind beantragt.

Stuttgart. Im Ziegeleigewerbe ist es zu einer Einigung gekommen; am 21. Juli wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Vereinbarung lautet: „1. § 1 und § 2 der Vereinbarung vom 17. April 1925 haben weiterhin Gültigkeit. 2. § 3 der Vereinbarung lautet: Die Bestimmungen der Vereinbarung für das Baugewerbe vom 5. Juni 1925 haben mit Ausnahme des § 10 dieser Vereinbarung und der übrigen abweichenden Bestimmungen auch für das Platten- und Ziegeleigewerbe Gültigkeit. 3. Abregelungen dürfen beiderseits nicht erfolgen.“ Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik als nicht unterbrochen.“

**Internationale Bauarbeiterbewegung**

Dänemark. Vom 20. bis 23. Juli hat der dänische Maurerverband seinen 20. Verbandstag in Sønderburg abgehalten. Die Verbandstage finden aller drei Jahre statt. Die Tagung verlief, wie allgemein üblich, sehr ruhig. Geschäfts- und Kassenberichte wurden mit wenigen Bemerkungen und Wünschen der Abgeordneten entgegengenommen und verabschiedet. Der Geschäftsleitungs des Verbandes wurde das Vertrauen dadurch ausgesprochen, dass der Vorsitzende Kristian Petersen sein Stellvertreter Marius Madsen und der Kassierer Jens Jensen einstimmig wiedergewählt wurden.

An dem Statut wurde wenig geändert. Bemerkenswert ist, dass der dänische Bruderverband noch immer an der uns recht unmodernen Vorkommnisse in den Verhandlungen für die Aufnahme in den Verband festhält. Wer ohne Ablegung dieser Gesellenprüfung Dänemark verlässt, muss bei seiner Rückkehr noch die Prüfung ablegen, bevor er Mitglied des Verbandes werden kann, auch wenn er Jahrzehnte im Auslande als Maurergeselle gearbeitet und dort den Berufsverbänden angehört hat. — Reist ein Mitglied des dänischen Maurerverbandes ins Ausland, ohne sich dort einem der Bauarbeiter-Internationalen angehörenden Verbände anzuschließen, so muss es bei seiner Rückkehr für die ganze Zeit seiner Abwesenheit den vollen Beitrag nachzahlen. Für Neu-Dänemark (Nord-Schleswig) kann der Verbandsvorstand eine Frist festsetzen, wo Maurer, die noch keiner Organisation angehört haben, ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden. — Die Streikunterstützung wurde von 3 auf 4 Kronen täglich erhöht; für die ersten 6 Streikstage wird keine Unterstützung gezahlt.

In dänischen Maurergewerbe wird viel in Akkord gearbeitet. Für die Bezahlung gelten zwei Akkordtarife: der Kopenhagener und der für die Provinz; für einige Orte um Kopenhagen herum gilt dieser Tarif mit 5 % Abzug. Abgesehen von der Hauptstadt, wo alle Arbeiten (auch Reparaturen) in Akkord berechnet werden, besteht der Zwangsakkord auch in 29 Städten der „Provinz“, während in 68 Abteilungen (Orten) teilweise und freiwillig in Akkord gearbeitet wird. Nur in 20 Abteilungen mit nur 359 Maurern ist die Akkordarbeit selten.

Dieser Verbandstag hat nun beschlossen, es soll kein Lohn- und Tarifvertrag abgeschlossen werden, wenn nicht die Akkordarbeit oligatorisch für alle Mitglieder eingeführt wird.

Abgesehen von Nord-Schleswig, wo verhältnismäßig viele Maurer den Anschluss an den Verband noch nicht gefunden haben, sind die dänischen Kollegen sehr gut, wohl über 90%, organisiert; und der Verband hat ein gutes Gefüge. Dennoch kommt der Verband nicht zur vollen Wirksamkeit. Zwei Dinge sind es, die ihn daran hindern. Erstens: die Kopenhagener Maurer gehören dem Verband nicht an. Auch die Kopenhagener Kollegen sind als besonderer Fachverein gut organisiert, und sie haben es bisher auch gut verstanden, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Aber sie kämpfen doch nicht Schulter an Schulter mit den Verbandskollegen, mit den Maurern in der „Provinz“. Die Kopenhagener Kollegen müssen einsehen lernen, dass sie auf Gedeih und Verderb mit allen Kollegen des ganzen Landes verbunden sind; sie müssen erkennen, dass sie ihre besseren Arbeitsbedingungen nur auf den Schultern der Kollegen im Lande halten können. Andererseits muss der Verband, insbesondere der Gesamtvorstand, es den Kopenhagener Kollegen leicht machen, den Wiederanschluss an den Verband zu gewinnen. Hoffentlich sieht der nächste Verbandstag, der 1929 in Odense stattfinden soll, „Kopenhagen mit der Provinz Arm in Arm“. Zweitens: Unser dänischer Bruderverband gehört der gewerkschaftlichen Landeszentrale Dänemarks nicht an. Etwa zu derselben Zeit und aus demselben Anlass, wie die Kopenhagener aus dem Verband ausgetreten sind, ist der Verband aus der Landeszentrale ausgeschieden. Es waren Differenzen wegen der Lohnbewegung. Auch hier halten wir einen Wiedereintritt für durchaus geboten. Der Verbandstag hat beschlossen, die Mitglieder durch Urabstimmung zu befragen, ob sie für den Wiedereintritt sind. Zur Bejahung soll eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein. Der dänische Maurerverband steht in inniger Freundschaft und Treue zu der Bauarbeiter-Internationale, was der Verbandstag erneut bekundet hat. Möge es ihm vergönnt sein, in gleicher Harmonie mit den Verbänden des eigenen Landes und so mit der Landeszentrale zusammen zu arbeiten.

Im Anschluss an den Verbandstag fand eine Delegiertenversammlung der Arbeitslosenkasse statt. Alle Delegierten des Verbandstages gehörten auch dieser Versammlung an; ausserdem gehört der Kopenhagener Fachverein dazu, der durch 17 Delegierte vertreten war. Die Arbeitslosenunterstützung beruht auf Beiträgen der Mitglieder und Staatssubvention; ein staatlicher Arbeitsdirektor führt die Oberaufsicht über die Kasse; die Geschäfte selbst werden durch einen von der Delegiertenversammlung gewählten Vorstand geführt. Bisher war der geschäftsführende Vorstand des Verbandes auch geschäftsführender Vorstand der Arbeitslosenkasse; so ist es auch diesmal geblieben. In dem Beirat sind erstmalig die Kopenhagener zwei Vertreter zugebilligt worden, was wohl auch auf eine sich abnähende Freundschaft schliessen lässt. Als die Versammlung von Kristian Petersen mit einem Hoch auf den Maurerverband geschlossen wurde, erhoben sich die Kopenhagener Delegierten und schlossen sich, wenn auch etwas schüchtern, dem Hoch an.

Vom Bau

Barna. (Gerüfteinsturz.) Am 24. Juli gegen Mittag stürzten an dem Neubau der Eisenbahnverbindung 4 Maurer der Firma Sjöberg dadurch mit dem Gerüst zusammen, daß der Hauptstiel in einer Rinne von ungefähr 3 m auf das Gerüst fiel. Es ist als ein Zufall zu betrachten, daß die Kollegen dabei keinen erheblichen Schaden erlitten. Jeder Baue hätte sofort erkennen müssen, daß das den Bauarbeiten zur Verfügung gestellte Baumaterial schlecht war. Bauarbeiter, schickt Euer Leben und Eure Gesundheit! Holere, weißt betriebliches Baumaterial zurück; sagt den Unternehmern, daß Ihr nicht gewillt seid, Euer Leben aufs Spiel zu setzen!

Allgemeine Rundschau

Die Voraussetzungen der Kurzarbeiterunterstützung. Es sind Zweifel darüber entstanden, ob nach der Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge vom 20. Februar 1926 nur dann Kurzarbeiterunterstützung gewährt wird, wenn in einem Betriebe mindestens 10 Arbeiter beschäftigt arbeiten. Von den Gewerkschaften ist stets der Standpunkt vertreten worden, daß dies nicht notwendig ist, sondern daß es nur darauf ankommt, ob 10 Arbeiter regelmäßig in dem Betriebe beschäftigt werden. Dieser Auffassung ist der Reichsarbeitsminister nunmehr in einem Bescheid vom 8. Juli beigetreten. Er sagt dort: „Daß in einem Betriebe oder in einer Betriebsabteilung mindestens 10 Arbeitnehmer nicht nur regelmäßig beschäftigt sind, sondern auch beschäftigt arbeiten, ist für den Bezug der Kurzarbeiterunterstützung nicht erforderlich.“ Artikel 1 § 1 der Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge vom 20. Februar 1926 („Reichsgesetzblatt“ 1, Seite 108) verlangt lediglich, daß in dem Betriebe mindestens 10 Arbeitnehmer regelmäßig beschäftigt werden. Die Kurzarbeiterunterstützung ist also zum Beispiel auch zu gewähren, wenn in einem Betriebe regelmäßig 12 Arbeitnehmer beschäftigt sind und 7 davon beschäftigt arbeiten.“

Eine Mahnung an freilassende. Gerade die freien Gewerkschaften haben bei den jüngsten Meinungsverschiedenheiten mit den Unternehmern oftmals mit Mahnungen, mit freilassenden Entlassungen usw. zu rechnen. Leicht ist ein Verstoß gegen die Arbeitsordnung oder sonstige Betriebsvorschriften konstatiert, und der Kollege liegt auf der Strafe. Wenn nun auch vorbestimmte Wege die Kündigung oder Entlassung einpruch erheben wird, wenn der Kollege auch damit rechnet, daß er vermittelnd eine Klage wieder eingeleitet oder ihm eine Entschädigung gezahlt wird, ist es doch notwendig, andere Maßnahmen nicht außer Acht zu lassen. So soll er sich unversäglich auf dem Arbeitsamt als erwerbslos melden. Je nach dem Grund der Entlassung wird er ja doch nicht sofort als bezugsberechtigt angesehen. Unterdies er aber — in der Hoffnung auf eine Wiedereinstellung — die Anmeldung, dann droht ihm die Gefahr, daß für eine ebenso lange

Zeit seine Wartezzeit hinausgeschoben wird, wenn er am Gericht nicht durchkommt und mit seiner Klage abgewiesen wird! Wird die Wiedereinstellung durch das Gericht verfügt, dann muß er sich die bis dahin bezogene Unterstützung auf den nachträglich zur Auszahlung gelangenden Lohn anrechnen lassen. Geht es aber umgekehrt, dann hat er wenigstens die kürzesten Fristen bis zur Wegzugsberechtigung der Erwerbslosenunterstützung gewahrt. Weiteren wollen wir noch, daß bei der erträglichen Erhaltung der bezogenen Unterstützung der Unternehmer für die Wahrung der Summen haftbar ist. Uebersteigt dies der Unternehmer, so trifft dies nicht den Arbeiter, dieser darf bekanntlich auch einen höheren als den tariflichen Lohn annehmen!

Wichtiges Produktionsergebnis trotz eines zweimonatigen Streiks. An dem Geschäftsergebnis der Dürropwerke in Bielefeld ist die Bemerkung von großem Interesse, daß das Produktionsergebnis vom letzten Geschäftsjahr sich gegenüber dem letzten Vorjahresjahre um etwa 25% erhöht hat. Das ist derselbe Umfang wie im Jahre 1924. Dieses Ergebnis kam zustande, obwohl im abgelaufenen Geschäftsjahr die Werksstätten der Dürrop W.-G. zwei Monate wegen Streiks geschlossen waren. Man ersieht hieraus, daß eine Zeit von zwei Monaten durchaus keine Welle spielt in der Erlangung des gleichen Produktionsergebnisses. Die Arbeiter der Dürrop-Werke werden, wenn sie eine Bilanz für das Jahr 1925 aufmachen, nicht mit dem gleichen günstigen Ergebnis aufwarten können.

Wichtiges Leben hier — ratlose Klagen dort. Wer berufsmäßig die Handels- und Wirtschaftsetzungen zu lesen gewohnt ist, wird beinahe abgestumpft gegenüber den Klagen, die dort seit längerer Zeit über die schlechte Geschäftslage usw. zu lesen sind. Man erhofft Wunderdinge, ohne die Krankheit der kapitalistischen Produktion in ihrem Kern zu erfassen. Die hermitische Unternehmerinitiative der Wirtschaftsführer bleibt aus, man überläßt sich seinem Schicksal. Nimmt man demgegenüber die „Konjunktionsgesellschaften“ — das Organ der gewerkschaftlichen Epochenorgane — zur Hand, so weht einem ein erfrischender Hauch entgegen. Nicht nur in der Aufmachung des Blattes selbst, sondern auch in der laufenden Behandlung der wirtschaftlichen Probleme. Vor allem ist es erfreulich, daß die „Rundschau“ von einem bewanderten Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung berichtet kann. So betrug der Gesamtumsatz der Groß-einlaufgesellschaft Deutscher Konjunkturvereine im ersten Halbjahr 1926 123,3 Millionen Mark, gegen 90,5 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. Somit ergibt sich ein Mehr von 22,7 Millionen Mark, oder 25,1%. Im Vergleich mit dem eigenen Betriebe wurden in der gleichen Zeit 1926 20,3 Millionen Mark abgesetzt, was gegenüber dem ersten Halbjahr 1925 eine Erhöhung von 36,8% bedeutet. Der Umsatz der Fleischwarenfabriken der G.W. und der Umsatz an Geflügelfleisch entwidete sich in den letzten Jahren folgendermaßen:

	Umsatz der Groß-einlaufgesellschaft in den Fleischwaren-fabriken	an Geflügel-fleisch
im Jahre 1923	725 844 kg	780 000 kg
" " 1924	873 186 "	3 488 800 "
" " 1925	1 214 650 "	4 603 500 "

Das sind nur zwei Beispiele, die wir der „Rundschau“ entnehmen, und die nicht die einzigen Symptome der Gesundung der konjunktionsgesellschaftlichen Bewegung sind. Nach Heinrich Kaufmanns Worten bilden die Konjunktionsgesellschaften gegenwärtig das gesunde Glied der Wirtschaft. Man vergleiche auf der anderen Seite die ungeliebte Krise der privatrechtlichen Wirtschaft, die nicht ein noch aus weiß. Und nun male man sich den Zustand aus, wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten ihren Bedarf bei der Konjunktionsgesellschaft decken würden! Wie leicht wäre die Wirtschaftskrise nie in der Schärfe aufgetreten oder längst überwunden.

Symptome der Wohnungsnot. Die Kleinwohnungen sind bekanntlich am dichtesten belegt. Gaarfräudende Zustände offenbaren sich hier und da. Hier liegen die größten Gefahren in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung. Bei den großen Wohnungen ist das Verhältnis zwischen Personen und Zimmermaß naturgemäß wesentlich besser. Dies geht aus nachstehenden Angaben hervor: In Düsseldorf ist eine Einzimmerwohnung durchschnittlich mit 2,9 Personen belegt, bei einer Zweizimmerwohnung hingegen kommen auf einen Raum nur 0,4 Personen. In den Großstädten Nürnberg, Mannheim und Wuppertal ist das Verhältnis ähnlich wie in Düsseldorf. Hier lauten die entsprechenden Ziffern: 2,13 und 0,64, 2,21 und 0,66, 2,3 und 0,7. Die Reichsregierung beabsichtigt im Frühjahr 1927 eine Wohnungsabzählung vorzunehmen. Dann erhalten wir eine Uebersicht über das ganze Reich. Bedauerlich ist es, daß eine solche Abzählung nicht schon längst vorgenommen wurde. — Laufende von Menschen haufen zu zweien und zu dreien auf einem Zimmer und Laufende von Bauarbeitern laufen beschäftigungslos herum — wahrlich, ein schöner Zustand!

Die Volksfürsorge im ersten Halbjahr 1926. Die Volksfürsorge, das Versicherungsinstitut der deutschen Arbeiterchaft, hat im ersten Halbjahr 1926 die nachstehenden, recht beachtlichen Erfolge aufzuweisen: Die Anwartsproduktion steigerte sich in der Volks- und Lebensversicherung um rund 117 000 und erreichte damit einen Bestand von insgesamt ungefähr 670 000 Versicherungen. Die Versicherungssumme nahm um 60 Millionen Reichsmark zu und hat gegenwärtig eine Höhe von rund 220 Millionen Reichsmark. An Siebengebüden wurden in den ersten 6 Monaten 800 000 Reichsmark ausgezahlt; damit sind seit Inbetriebnahme der feste Wohnung insgesamt 1,5 Millionen Reichsmark den Hinterbliebenen der bei der Volksfürsorge versicherten Versicherten zugute gekommen. — Zur Förderung der Konjunktionsgesellschaften, des gewerkschaftlichen Kleinwohnungsbaues usw. wurden Darlehen, die mündelrechtlich angelegt sind, in Höhe von 16 Millionen Reichsmark gegen beziehungsweise fest zugesagt. Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Genossenschaftler dürfen keine privatrechtlichen Versicherungsgesellschaften unterhalten. Alle Versicherungsbedürfnisse des arbeitenden Volkes müssen bei dem eigenen Unternehmen, bei den von den freien Gewerkschaften und den Konjunktionsgesellschaften ins Leben gerufenen Volksfürsorge, gedeckt werden. Hat und Auskunft erteilt die

berliche Rechnungsstelle oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Mitter 58/59.

Schiedsprüche und Berufungsbefreiungen. Die Unternehmer wehren gegen die Schlichtungsinstanzen. Sie reden von einem unerträglichen Zwang, dem die Wirtschaft durch die jegliche Sozialgesetzgebung ausgesetzt sei. Wederachtet man die gefälligen Schiedsprüche der letzten Zeit, so muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Unternehmer mit den Schlichtungsinstanzen außerordentlich zufrieden sein könnten. Wären doch die Schiedsprüche der letzten Zeit nicht nur keine Lohnherabsetzungen, sondern Lohnherabsetzungen. So hat das Landeslichtungsamt München, wie wir dem „Textil-arbeiter“ entnehmen, eine Lohnermäßigung der Textilarbeiter um 2,75% ausgeprochen. Dies ging selbst dem bayerischen Sozialministerium über die Gaitspur; denn es hat den Schiedspruch nicht anerkannt. — Interessant ist es, was das Reichsarbeitsministerium den Schiedspruch für den oberbayerischen Steinlohnbergbau für verbindlich erklären konnte, obwohl dieser die achtmonatshändige Schlichtung vorliegt. Das steht im Widerspruch zu den Erklärungen, die das Reichsarbeitsministerium über die Regelung der Arbeitszeit veröffentlichte. Auch dürfte ein solcher Schiedspruch mit den Vereinbarungen jenseitig in Einklang zu bringen sein, denen Dr. Braun in London glaubte zustimmen zu können. Von dem Washingtoner Abkommen existiert gar nicht zu reden. In einer solchen schweren Zeit dürfen die Schlichter weder als Wahndreher des Lohnabbaues auftreten, noch dürfen sie eine lange Arbeitszeit für verbindlich erklären. Das Reichsarbeitsministerium darf Schiedsprüche nicht für verbindlich erklären, die solche Berufungsbefreiungen enthalten oder gar die achtmonatshändige Arbeitszeit im Bergbau vorschreiben. Eine solche Politik muß die Arbeiterchaft unter allen Umständen ablehnen. Die sozialpolitischen Stellen des Reiches und der Länder sind zum Schutze der Arbeiter und nicht zum Schutze der Unternehmer geschaffen worden.

Ein gewerkschaftliches Ferienheim. Der Ortsauschuß Leipzig des D.D.B. hat im Frühjahr ein Mißlingsgrundstück in Thüringen erworben und es umgebaut zu einer Heimstätte für Erholungssuchende und Wandernde. Ferienheim Neumühle ist der Name; es liegt im idyllischen Zeiggrund bei Stadroda (Bahnhof Gera-Weimar) und ist vom Bahnhof Stadroda auf schönen Waldwegen in 35 Minuten zu erreichen. Weit und breit ist sonst kein Haus zu sehen, nur Wald und Bäume, Berge und Bäche. Das Ferienheim hat 24 Fremdenzimmer mit 63 guten Betten, bequeme Schlafräume und Bezenden am reichlichen Mißbüch. Ein heller, freundlicher Saal für 70 Personen eignet sich zur Erholung von Heimkehrern. Ein Bad ist vorhanden; ebenso eine Dunkelkammer für Amateuraufnahmen. Ein Lesezimmer enthält belebende und gute unterhaltende Literatur. Alle Räume haben Zentralheizung und elektrisches Licht. Eine Jugendherberge für 20 Personen dient der Gewerkschaftsjugend zur Unterkunft und Verpflegung. Leipzig ist der erste deutsche Ortsauschuß, der ein Ferienheim aus eigenen Mitteln errichtet hat. Zumal in dieser schweren wirtschaftlichen Zeit und in diesem Ausmaße war es ein Wagnis. Alle Gewerkschaftsgenossen mit ihren Angehörigen sind im Ferienheim Neumühle willkommen. Interessierten erhalten jede gewünschte Auskunft durch den Ortsauschuß des D.D.B. Leipzig, Reiter Straße 22.

Wald wird es keine Konturje mehr geben! In den Rahmen der Konjunkturberatung gehört auch die Entwidlung der Konturje und Geschäftsaufschwüngen. Hier ist eine außerordentlich günstige Wesserung eingetreten. Mit allen Anstrengungen und mit nicht unerheblichen öffentlichen Mitteln gelang es, in der ersten Hälfte des Jahres 1926 die Konturje um 1,3% zu senken; auf dem Gebiete der Konturje ist innerhalb des letzten Monats aber eine Wesserung von rund 25% erreicht worden. Es sieht so aus, wenn man die Konturjziffern allein betrachtet, als lebten wir nicht in einer Krise, sondern in der besten Lage. Darüber geben nachstehende Zahlen Aufschluß, die wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen:

Monatsdurchschnitt 1913	Konturje	Gewerkschaftsaufschwüngen
1913	1060	—
" im 1. Vierteljahr 1926	901	455
April 1926	1881	1439
Mai 1926	1261	856
Juni 1926	1007	644
Juli 1926	885	498
August 1926	682	345

Wenn es so weiter geht, haben wir bald gar keine oder nur eine geringfügige Anzahl von Konturjen. Dann werden die Kollegen belagert von hungrigen Arbeitslosen, und der Gesellschaftswohl geht es allmählich. Aufeinander ermüdeten die Warenpreise, daß es auch bei geringer Unfähigkeit keine bankrotten Unternehmungen mehr gibt. Wichtig, eine solche Krise, wie die deutsche, ist noch nicht dagewesen. Den Blick hat also unrecht!

Sachkonjunktur in der Montanindustrie. Im westdeutschen Bergbau, wo noch der Wocher Feiertagen und richtungslose Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung waren, werden jetzt Arbeitereinstellungen vorgenommen und Ueberschichten, verfahren. Der englische Bergarbeiterstreik wirkt sich als ein glänzendes Geschäft für die Ruhrindustrie aus. Die Halbenbestände nehmen ab, die Förderung hat die der Vorjahreszeit bereits überschritten. Auf dem Nieden des Rheins nach der holländischen Küste zu schwimmen Röhre, mit Koffeln beladen, in ununterbrochener Reihe. Die Ruhrkohle dringt in die Absatzmärkte der englischen Kohle ein. Ja, sogar nach England selbst werden deutsche Kohlen verfrachtet. Hauptfachlich von Polen wird der englische Markt bedient. In der Ruhrindustrie freieren sich dieses Zustandes und wünschen, daß es ewig so bleiben möge. Der englische Gesamtbergbau, Führung Schottland, hat es abgesehen, die Kohlenpreise nach England zu heben. Entsprechend dieser besseren Wesserung des Ruhrkohlenbergbaues steigen auch die kurze dieser Unternehmungen an der Börse.

Bücher und Schriften

Das Raumpatent nach Amerika. Von Georg Wilhelm Zeller. Bearbeitet von Dr. W. Seebach. Nur wenige wissen heute, wie eng der Name Zeller mit dem Erfolg der zweiten Weltkriegs-Ergebnisse verknüpft ist. 1885 brach die Große Erfindung unter Führung des Amerikaners Zeller aus, um die nordwestliche Durchfahrt (sowie den Zusammenhang der alten mit der neuen Welt zu eröffnen). Durch Zeller ging es nach

